

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).  
Amtsblatt

Verlagsort: Riesa, General Nr. 20.

Verlagsort: Riesa, General Nr. 20.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 38.

Montag, 16. Februar 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 2.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Posthalter monatlich 2.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Silben) 60 Pf., Preis für 20 Pf. ; zeltausend und tabellarischer Satz 10 Pf. Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Überzahlige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegeranstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. (Verleger: Pannoch & Winterlich, Riesa, Marktstraße 59. Verantwortlich für den Inhalt: Arthur Köhnel, Riesa. Für Anzeigen: B. Theim Dittich, Riesa.)

## Instandgesetztes Militärschuhwerk für Minderbemittelte.

Der Kommunalverband hat zur Verorgung der Minderbemittelten eine Teillieferung der in Aussicht gestellten Instandgesetzten Militärschuhwerke, Infanterie-Stiefel und Kavallerie-Stiefel erhalten. Der Verkauf derselben erfolgt in Großenhain bei Herrn Schuhmacherobermeister Richard Kühne, Schloßstraße, und Frau verw. Herrmann, Dresdner Straße, in Riesa: Herrn Schuhmacherobermeister Carl Grohmann, Pausiger Straße 5, in Gröba: Herrn Schuhmacherobermeister Hermann Klose, in Riesa: Herrn Schuhmacherobermeister Karl Marx. Wegen der für die Anerkennung der Bedürftigkeit zu leistenden Bescheinigung (6000 Mark) für jedes Kind bis zu 15 Jahren je 400 Mark mehr) wird auf die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft vom 2. Januar 1920, Riesner Tageblatt vom 2. Januar 1920 Nr. 1, verwiesen. Der Verkauf erfolgt nur auf die vom Kommunalverband ausgestellten Schuhbedarfscheine mit dem roten Aufdruck „Notstand“. Anträge sind unter genauer Angabe von Vor- und Nachname, Beruf, Wohnort, Einkommen, bei Ueberlieferung der 6000 Mark-Grenze auch Familienverhältnisse, sowie der Verkaufsstelle, von welcher aus der Antragsteller beliefert zu werden wünscht, bei den Kreisbehörden (Stadttrat, Gemeinderat, Ortsvorsteher) anzubringen, die dieselben nach Prüfung an den Kommunalverband einzuliefern haben. Großenhain, am 14. Februar 1920.

Der Verkauf erfolgt nur auf die vom Kommunalverband ausgestellten Schuhbedarfscheine mit dem roten Aufdruck „Notstand“. Anträge sind unter genauer Angabe von Vor- und Nachname, Beruf, Wohnort, Einkommen, bei Ueberlieferung der 6000 Mark-Grenze auch Familienverhältnisse, sowie der Verkaufsstelle, von welcher aus der Antragsteller beliefert zu werden wünscht, bei den Kreisbehörden (Stadttrat, Gemeinderat, Ortsvorsteher) anzubringen, die dieselben nach Prüfung an den Kommunalverband einzuliefern haben. Großenhain, am 14. Februar 1920.

Der Bezirksforstmeister hat gemeldet, daß von Montag, den 16. bis mit 21. Februar die Schornsteine in Gröba gereinigt werden. Gröba (Elbe), am 16. Februar 1920.

## Einladung.

Zur weiteren Aufklärung über die Frage, ob christliche oder weltliche Schule, soll Donnerstag, den 19. Februar 1920, abends 8 Uhr im Saale des „Wettiner Hof“ eine Versammlung stattfinden mit Vorträgen des Herrn Professor Diemann aus Leipzig und des Herrn Blarer Guderley aus Glabitz. In dieser Versammlung werden die Eltern und Erziehungsberechtigten, welche die christliche Schule wünschen, herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei. Der Kirchenvorstand von Riesa, Friedrich. Wegen Mangel an Drucksachen fällt der Schulunterricht diese Woche aus. Der Beginn des Unterrichts wird bekannt gemacht werden. Der Schulvorstand in Gröba.

## Schulgemeinde Röderau.

Donnerstag, den 19. Februar, vorm. 8—12 Uhr und nachm. 2—4 Uhr sollen die schulpflichtigen werdenden Kinder in der Expedition des unterzeichneten — Eingang C, 1 Kreppe — angemeldet werden. Schulpflichtig werden alle die Kinder, welche bis Ostern 1920 das 6. Lebensjahr vollenden, außerdem werden auch die Kinder aufgenommen, welche bis 30. Juni 1920 das 6. Lebensjahr vollenden. Bei der Anmeldung ist für alle Kinder der Impfschein beizubringen. Für Kinder, welche nicht in Röderau, Promnitz und Moritz geboren sind, ist die Geburtsurkunde mit Taufbescheinigung vorzulegen. Die Anmeldung hat nur durch Eltern oder Pfleger zu erfolgen. Röderau, den 16. Februar 1920. Die Schulleiterin, Dir. Fuhrmann. Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie in Poppitz liegt beim Postamt Riesa vom 18. ab 4 Wochen aus. Dresden-N., 13. Februar 1920. Ober-Postdirektion.

## Patente-Antwort in Berlin.

in, Berlin, 16. Februar. Die Antwortnote an Deutschland über die Auslieferung der Kriegsschuldigen ist gestern im Laufe des frühen Nachmittags auf der englischen Botschaft in Berlin eingetroffen. Ihre Uebersetzung an die deutsche Reichsregierung ist kaum vor heute mittag zu erwarten. Was dem Inhalt lassen sich bestimmte Angaben noch nicht machen; jedoch scheinen, nach unseren Informationen, diejenigen französischen Blätter, die darauf hindeuten, daß nur eine gewisse Einschränkung der Ententesforderungen zu erwarten sei, recht zu behalten.

## Einräumung der Forderungen?

in, Paris, 16. Februar. Wie die Morgenblätter melden, ist die Note, betr. die Auslieferung, vom Präsidenten der letzten Konferenz in London, Lord Grey, unterzeichnet. Salut Brice sagt im „Journal“, daß das Auslieferungsverlangen fallen gelassen worden sei für sämtliche Angeklagte ohne Ausnahme. Nach einer Privatbesprechung des Sonderberichterstatters des „Times“ aus London seien hinsichtlich der Frage der Auslieferung beträchtliche Änderungen an den ursprünglichen Absichten gemacht worden. Die Alliierten beschränken sich darauf, von Deutschland die Auslieferung derjenigen zu verlangen, die während des Krieges Missetaten begangen hätten, die gegen die Gesetze der Menschlichkeit verstoßen.

## Die Auslieferung unmöglich.

Der Reichspräsident hat der Vermittlungsstelle vaterländischer Verbände auf deren Bitten um Ablehnung der Auslieferungsverforderung folgende Antwort gesandt: Das Auslieferungsverlangen ist nicht nur eine unumstößliche, geschichtlich juristische und mit den Voraussetzungen staatlichen Lebens absolut unvereinbare Forderung, sondern die Erfüllung dieses Vergehens ist vor allem auch faktisch vollständig unmöglich. Die Reichsregierung wird alles tun, damit die Verurteilungen der Entente hierüber rechtswirksam werden und so dem deutschen Volke schwere Prüfungen und Enttäuschungen erspart bleiben. Sie wird sich in ihrer hieraus notwendig folgenden Haltung durch nichts beirren lassen und weiß sich in der Behandlung dieser Frage, vor deren Ernst aller Hinst der Parteien verstummen muß, einzig mit der ganzen Nation.

## Die Note an Holland.

In der Sitzung der Londoner Friedenskonferenz wurde das Schreiben an die holländische Regierung bezüglich des ehemaligen Kaisers endgültig abgeschlossen und von Lloyd George unterzeichnet. Der Wortlaut der Note wird am Montag veröffentlicht werden. Eine Dava-Neuerwidlung aus London zufolge ist die Note nach Holland abgegangen.

Amerika nimmt am Verfahren gegen die Angeklagten nicht teil. Nach einer Radiomeldung aus Washington wird von autorisierter Seite erklärt, daß die Kundgebung betr. die Auslieferungen schon redigiert sei. Amerika bezieht darin keine formale Absicht, an dem Prozeß gegen die Angeklagten teilzunehmen, falls die Auslieferungen vor den von der Entente verlangten Gerichtshof gestellt würden.

Wilson stimmt dem Kompromiß in der Adriafrage nicht zu. Wie Paris am „Echo de Paris“ aus London meldet, ist Sonnabend ein unerwartetes Ereignis eingetreten. Präsident Wilson hat den Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens durch Vermittlung des Vorkämpfers Wallace in Paris gestern vormittag mitteilen lassen, daß er dem Kompromiß in der Adriafrage nicht zustimmen könne. Er halte an seinem Standpunkt, den er im Dezember vorigen Jahres angenommen habe, fest.

Ein französisch-amerikanisches Bündnis. Der Pariser Vertreter des „Gorriere della Sera“ telegraphiert seinem Blatte, daß die veröffentlichten Dokumente über ein französisch-amerikanisches Bündnis falsch seien.

Der Sultan bleibt in Konstantinopel. Die Londoner Konferenz hat am 14. d. Mts. grundsätzlich beschlossen, daß der Sultan in Konstantinopel bleibe, doch jedoch eine starke militärische und Marine-Kontrolle in den Dardanellen errichtet werde. Ihre Aufstellungen sollen in einer Kon-

ferenz am 16. d. Mts. getroffen werden, an welcher Joch teilnimmt.

## Beschlüsse des Völkerbundesrates.

Telegraphisch meldet aus London vom 13. d. Mts.: Der Völkerbundsrat beschloß in öffentlicher Sitzung, eine internationale Konferenz zur Bereinigung der Finanzkrisis einzuberufen, um die Mittel zu erörtern, diese Krisis zu lösen und die gefährlichen Folgen der Krisis zu mildern. Außerdem stellte der Rat eine Liste von 12 internationalen Juristen auf, die aufgeföhrt werden sollen, ein Komitee zu bilden, das Pläne für einen internationalen Gerichtshof auszuarbeiten soll. Die nächste Zusammenkunft des Völkerbundesrates wird zu einem noch näher festzulegenden Zeitpunkt in Rom stattfinden.

Das britische Mitglied des Völkerbundes erstattete ausführlich Bericht über die Saarbesetzung. Der Rat beschloß, daß das Saarbecken von einer Kommission von 5 Mitgliedern verwaltet werden soll. Für diese Kommission wurden folgende Personen bestimmt: der französische Staatsrat Haut, Vorsitzender der Kommission wird sein Landrat Alfred von Boch, ferner der belgische Major Lambert und der Däne Graf Suitsfeld. Auf den Bericht Gompans über den Status von Danzig beschloß der Rat, Sir Reginald Lomer zum Oberkommissar für Danzig zu ernennen und nach Beratung mit den Vertretern von Danzig eine Resolution für diese Stadt dem Völkerbunde vorzulegen. Das japanische Mitglied des Rates erstattete Bericht über Verleumdungen, das brasilianische Mitglied über Gefangenensfragen. Auf den Bericht des japanischen Mitgliedes bin wurde beschloßen, die polnischen Kasernen, Erwerb- und Glaubensministerien unter den Schutz des Völkerbundes zu stellen. Dalsour erstattete Bericht über die Frage der Neutralität der Schweiz und ihren Beitritt zum Völkerbunde. In einer Entschließung betont der Völkerbundsrat die ganze besondere Stellung der Schweiz und drückte die Erwartung aus, daß das schweizerische Volk nicht neutral bleiben werde, wenn die hohen Grundzüge des Bundes verleibt werden müßten. Da die Schweiz die Alliierten anerkennt, welche die Mitgliedschaft des Bundes anstreben, und sich bereit erklärt, ihr eigenes Gebiet zu verteidigen und keine fremden Truppen durch ihr Gebiet ziehen zu lassen, erkenne der Völkerbundsrat an, daß die dauernde Neutralität der Schweiz gerechtfertigt und daher mit dem Standpunkte des Völkerbundes vereinbar sei. Die Schweiz kann infolgedessen unter Beobachtung ihrer dauernden Neutralität dem Völkerbunde beitreten.

## Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1920.

Dem Reichsrat geht dieser Tage eine Vorlage der Reichsregierung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1920 zu. Die Reichsregierung schlägt im Anschluß an eingehende Beratungen mit Vertretern der Erzeuger, der Verbraucher und des Handels vor, alsbald Mindestpreise für Getreide und Kartoffeln festzusetzen. Diese Preise sollen die Mindestvergütung für das Getreide und die Kartoffeln aus der Ernte 1920 darstellen, die auf Grund gesetzlicher Vorschriften anzuweisen sind. Vorge schlagen werden im einzelnen erstens für die Tonne Weizen (Winter, Sommer) 1100 Mark, für die Tonne Roggen, Gerste oder Hafer 1000 Mark, für die Tonne Kartoffeln 600 Mark. Die Mindestpreise bilden die Grundlage für die endgültigen Lieferungspreise, die kurz vor der Ernte festgesetzt werden sollen. Die endgültigen Lieferungspreise, die zugleich Höchstpreise sein werden, sollen unter Berücksichtigung der bis zur Ernte eingetretenen Veränderungen der Produktionskosten und des Erntebildes festgelegt werden. Bei den Vorschlägen wird davon ausgegangen, daß die gebundene Wirtschaft für Getreide beanspruchbar ist unter Einbeziehung des Pafers, dessen einheitliche Freigabe in diesem Wirtschaftsjahre zu außerordentlichen Missetänden geführt hat. Das Reichsministerium hält bei den Kartoffeln die Zeit noch nicht für gekommen, die gebundene Wirtschaft auszugeben. Die Vorlage wird noch im Reichsrat und in der Nationalversammlung einer Beratung unterzogen. Die Entschlüsse dieser Körperschaften werden nach Rücksichtnahme beschlossen werden.

Bevorstehende Verteuerung des Brotgetreides in der ganzen Welt. Beim internationalen Vorkonferenz in Rom sind Nachrichten eingelaufen, wonach in der ganzen Welt eine Verteuerung des Brotgetreides unmittelbar bevorsteht. Nur das Austreten Rußlands aus dem Weltgetreidemarkt könnte Abhilfe schaffen. Das Verhalten der Alliierten in der russischen Frage ist hart von diesen Erwägungen beeinflusst.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

Unterzeichnung des Vertrages zwischen Bayern und Coburg. Der Staatsvertrag über die Vereinigung Coburgs mit Bayern ist gestern in München von den Vertretern der beiden Regierungen unterzeichnet worden. Der Rest der deutschen Handelsflotte verlangt. Eine Berliner Zeitung hatte unter dieser Ueberschrift eine Meldung gebracht, nach der eine neue Entente-Note eingelaufen sein sollte, in der der Rest der deutschen Handelsflotte verlangt worden sei. Diese Meldung trifft nicht zu.

Ausfall zur Abstimmung. In 22 Versammlungen, die gestern mittag in Berlin und einigen Vororten stattfanden, behielten sich die heimattreuen Uebersiedler, Schweizer und Schleswig-Holsteiner mit der bevorstehenden Volksabstimmung in ihrer Heimat. Als Redner waren Mitglieder des Zentrums, der Deutschdemokratischen Partei, der Reichssozialisten und der Deutschnationalen Partei gewonnen worden. In allen Versammlungen wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Angesichts der schicksalsschweren Entscheidung, ob Teile des mecklenburgischen Ostpreußen, ob Schleswig, ob Teile von Ost- und Westpreußen unter Fremdherrschaft kommen sollen, geloben wir, mit allen Kräften dahin zu streben, daß deutsches Land auch Deutschland verbleibe. Wir rufen alle in den Abstimmungsgebieten geborenen Frauen und Männer im ganzen Reich auf, sich bereit zu machen, um den bevorstehenden Abstimmungen beizuwohnen. Rettet die Heimat und die deutschen Grenzlande!

Transportarbeiterstreik. Das „M. A. Handelsblatt“ meldet, daß der allgemeine Transportarbeiterstreik in den Häfen von Amsterdam und Rotterdam verliert worden ist.

Eine geheime internationale Kommunikonferenz. Wie das „M. A. Handelsblatt“ meldet, hat in der ersten Hälfte des Mts. in Amsterdam eine geheime internationale Kommunikonferenz stattgefunden. Die russische Sowjetregierung hat dem auf der Konferenz zustande gekommenen Vollzugsbüro der 3. Internationale Diamanten, Perlen und andere Edelsteine im Werte von 20 Millionen Rubel zur Verfügung gestellt. Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß es Aufgabe des „Austrom-Büros“ sei, jeden Streik und jede Bewegung, die einen revolutionären Charakter hat, zu unterstützen. In Nordamerika, Asien, Spanien und Mexiko werden Zweigbüros errichtet. Alle drei Monate werden die an die dritte Internationale angeschlossenen Länder einen Delegierten nach dem niederländischen Büro entsenden. Auf der Konferenz wurde eine Entschließung angenommen, wonach die Internationale kommunistische Partei versuchen soll, die Führung der Gewerkschaftsbewegung in die Hand zu bekommen.

Rumänien. Die Bolschewiken greifen an. Die russischen Bolschewiken haben bei Mohilew die rumänischen Truppen angegriffen, wurden aber blutig zurückgeschlagen. Die Hauptkräfte der Bolschewiken nähern sich dem Dniestr. Das Große Hauptquartier hat umfassende Maßnahmen zur Sicherung der Grenze getroffen.

Amerika. Lansing zurückgekehrt. Staatssekretär Lansing hat sein Entlassungsgesuch eingereicht. Präsident Wilson hat das Gesuch genehmigt. Zum provisorischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten ist Frank Polk, der letzte Delegierte Amerikas bei der Friedenskonferenz in Paris, ernannt worden. Polk werde jedoch den Posten definitiv aus Gesundheitsrücksichten nicht annehmen. Die Verleumdung von deutschen Passagierdampfern unterfaßt. Der oberste Gericht-